



General Carl von Clausewitz
1780–1831

Werner Baach

Zu einer viel beachteten Tagung am 17. und 18. August 2007 an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg begrüßte der Präsident der Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olschhausen, über dreihundert Persönlichkeiten des In- und Auslands. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Konfliktregionen Naher und Mittlerer Osten und der sicherheitspolitische Vortrag des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung. Die weiteren Themen waren: 50 Jahre Führungsakademie der Bundeswehr: Bilanz und Ausblick; Clausewitz' Einfluss auf das japanische Militärwesen und militärische Denken sowie der Bericht über die Arbeit des Internationalen Clausewitz-Zentrums.

Naher Osten: Die israelisch-palästinensischen Gegensätze sind groß

Das ungeheure Dilemma des Konflikts im Nahen Osten mit der zentralen israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung wurde den Zuhörern in einer beeindruckenden Panel-Diskussion eindringlich vor Augen geführt. Diskussionsteilnehmer waren Dipl.-Ing. Mohammed Nazzal, Generaldelegation Palästinas, Berlin; Botschafter a.D. Dr. Avi Primor, Direktor des Zentrums für Europäische Studien, Universität Herzliya, Israel und Professor Dr. Udo Steinbach, Direktor GIGA/Institut Nahost-Studien. Die Moderation hatte Oberst im Generalstab Dr. Peter Forster, schweizerische Sektion der Clausewitz-Gesellschaft.

Einführend schlug Professor Dr. Steinbach einen pessimistischen Grundton an.

Konfliktregionen Naher und Mittlerer Osten

Bericht über die 41. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft



Vertraten gegensätzliche Positionen: Botschafter a.D. Dr. Avi Primor, Israel (li.), und Mohammed Nazzal, Generaldelegation Palästinas, Berlin.
Fotos: Christian Peter

Er sei besorgt, der Konflikt könne sich zu einem größeren Regionalkonflikt ausweiten, wenn es nicht gelinge, bald einen »fairen« Ausgleich zwischen den Interessen Israels und der Palästinenser zu schaffen. Schon der Libanonkrieg 2006 sei eigentlich ein Stellvertreterkrieg auf libanesischem Boden unter Beteiligung wichtiger Regionalmächte gewesen, allen voran Israel und Iran. Die »Eskalation der Radikalität« in der Region sei unübersehbar, spätestens seit der Machtübernahme durch die Hamas im Gaza-Streifen. Diese »Machtergreifung« sei ein Schock für die moderaten Länder der Region gewesen, für Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten, aber auch für deren Partner weltweit. Auch habe sich der Iran erstmals »unmittelbar aus eigenem Interesse« eingemischt, wie überhaupt der Handlungsspielraum des Iran in der Region ständig wachse. Die USA hätten schon damit begonnen, den Iran als politischen Buhmann aufzubauen, doch sitze die Regierung Ahmadinedschad fest im Sattel und zeige sich von den Drohungen der USA unbeeindruckt. Entscheidend für die weitere

Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konflikts werde es sein, ob die für diesen Herbst geplante internationale Nahost-Konferenz wenigstens ein Minimum an Übereinkunft erziele, woran er allerdings wegen der politischen Schwäche sowohl des israelischen Ministerpräsidenten Olmert als auch des Palästinenserpräsidenten Abbas zweifle. Bei einem Scheitern der Konferenz werde das Konfliktpotenzial im Nahen Osten, aber auch in der erweiterten Region, weiter zunehmen. »Der Ball liegt nun im Hof der internationalen Akteure, nicht bei den Regionalmächten«, so Steinbach abschließend. Er bezweifle, dass diese genug tun würden. Sein Fazit: »Der nächste Konflikt ist programmiert.«

Er könne dem Pessimismus seines Vorredners leider keinen Optimismus entgegenstellen, merkte Mohammed Nazzal, der gerade von einem Palästina-Besuch zurückgekehrt war, in seinem Kurzvortrag einleitend an. Er sehe wenig Hoffnung für den Nahen Osten. Die Lage der Menschen in den Palästinensergebieten sei erschütternd. Sie sähen keine Perspektive. Israel

zerstöre buchstäblich jedes lebenswerte Leben. Vor Jahren hätten die Palästinenser, auf Druck der westlichen Mächte, voran die USA, den gewagten Weg zu demokratischen Wahlen eingeschlagen. Gleichzeitig aber habe Israel nichts getan, um die Palästinenserführung »in eine stabile (politische) Lage zu bringen«, im Gegenteil: Israel habe »kleinlichen Landgewinn vor den Frieden gestellt«. Das Resultat sei nun der Aufstieg der Hamas. Die Palästinenser seien sogar bereit gewesen, um des Friedens willen Kompromisse einzugehen – selbst wenn dadurch über 70 Prozent palästinensischen Landes in das israelische Staatsgebiet übergegangen wären. Nazzal äußerte die Befürchtung, dass Israel auch in Zukunft eine Hinhaltenaktik verfolge und der Westen nichts tue, dies zu verhindern. Er appellierte an die Europäer, weiter den Versuch zu machen, Frieden für die Region zu schaffen. Der palästinensisch-israelische Konflikt sei der Kernkonflikt der gesamten Region. Ohne seine gerechte Lösung werde es im Nahen Osten und weit darüber hinaus keinen Frieden geben.

Die pessimistischen Betrachtungen seiner Vorredner könne er nicht teilen, erwiderte Botschafter a.D. Avi Primor aus israelischer Sicht. Die Lösung des Problems sei klar und laute: »Sicherheit für Israel«. Die westlichen Mächte würden eine Lösung (gegen Israel) nicht erzwingen, vor allem die USA nicht. Eine Verständigung mit den Palästinensern könne deshalb nur das israelische Volk selbst erzwingen. Dieses müsse man überzeugen und für einen Ausgleich mit den Palästinensern gewinnen, dann und nur dann werde es Druck auf seine Regierung ausüben. Auch das israelische Volk habe nie in Sicherheit gelebt, stellte Primor weiter fest. Selbst während des »Oslo-Prozesses« hätten die Palästinenser nicht auf Terror verzichtet. Wenn jetzt die »wackeligen Regierungen Olmert und Abbas« über einen »weit reichenden Friedensentwurf« sprächen, glaube das israelische Volk doch nicht an eine Normalisierung der Beziehungen. Aus seiner Sicht gibt es nur ein Mittel: Sicherheit müsse durch eine glaubhafte, robuste Ordnungsmacht in der Region garantiert werden. Die Europäer sollten in diese Richtung initiativ werden, sie könnten dann durchaus die USA für die Unterstützung einer Friedenslösung gewinnen.

In der anschließenden Diskussion wurden die oben dargestellten Positionen im Wesentlichen bekräftigt. Udo Steinbach nahm dabei verstärkt für die Palästinenser Partei: Israel habe immer nur zu Lasten Palästinas verhandelt. Der Aspekt der Sicherheit sei immer nur vorgeschoben worden, in Wirklichkeit sei es stets um territoriale Erweiterung gegangen. Aber er stimme der Einschätzung zu, dass »eine realistische Chance für eine Annäherung« bestehe. Al-

lerdings könne er sich eine internationale Truppe als Ordnungsmacht, wie von Primor vorgeschlagen, erst nach einer politischen Lösung des Nahost-Konflikts vorstellen. Avi Primor räumte ein, dass selbstverständlich nicht nur das Prinzip »Sicherheit für Israel« gelten müsse, sondern auch »Sicherheit für die Palästinenser«: Mohammed Nazzal begrüßte diese Feststellung, ergänzte aber, das palästinensische Volk brauche auch Respekt, Ehre und Würde. Eine gerechte Teilung und ein »anständiger« Kompromiss würden von seinem Volk akzeptiert, nicht aber Heuchelei und zweierlei Maß.

In einem war sich die Runde bei aller Uneinigkeit einig: Beide Völker müssten von der Notwendigkeit einer gerechten Friedenslösung überzeugt werden, sollte sie von Dauer sein.

Der Mittlere Osten: Konflikte, Gefahren und Chancen

Unter der Moderation von Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen befassten sich in einer weiteren Panel-Diskussion Dr. John Hulsman, USA, zurzeit Oppenheim Scholar, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik; Loay Mudhoon, Chefredaktion Deutsche Welle, Bonn und Dr. Wolfgang Steinberg, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, mit dem Konfliktherd Mittlerer Osten. Hulsman legte den Schwerpunkt seines einführenden Statements darauf, die Auswirkungen des Irak-Krieges auf die amerikanische Innen- und Parteienpolitik aufzuzeigen. Das gegenwärtige Grundproblem im Irak sei es, dass das Land vorrangig durch militärische Maßnahmen gehalten werden solle, aber nur eine politische Lösung könne von Dauer sein. Das politische Washington warte fieberhaft auf den angekündigten Bericht des US-Oberbefehlshabers im Irak, General David Petraeus. (Der Bericht ist am 15. September vorgelegt worden). Falle der Bericht negativ aus, werde das für die ohnehin im Umfragetief liegenden Republikaner verheerende Folgen haben. Aber auch die Demokraten seien unter Druck. Denn bei den letzten Kongress-Wahlen seien sie hauptsächlich in der Erwartung gewählt worden, dass sie den Irakkrieg schnell beendeten. Nun aber finanzierten sie den Krieg weiter mit, und die Wähler fühlten sich betrogen. Das könne sich sowohl auf die Präsidentenwahl als auch die nächsten Kongresswahlen nachteilig für die Demokraten auswirken, zum Beispiel benötigten sie im Senat noch 15 Sitze, um die Mehrheit im Kongress insgesamt zu erlangen. Die Irak-Politik sei deshalb zum wichtigsten Wahlkampfthema geworden. Eine mögliche Chance, in der verfahrenen Lage doch noch zu einer akzeptablen politischen Lösung des Irak-Problems zu

kommen, sieht Dr. Hulsman dann, wenn die Empfehlungen des Baker-Hamilton-Berichts umgesetzt werden.

Der Iran-Konflikt sei grundsätzlich anders als der Irak-Konflikt, in seiner Dimension weiter reichend. Eine militärische Option, zum Beispiel Luftangriffe auf das Land, würde zahlreiche zivile Opfer fordern, dem Terrorismus dadurch weltweit Zulauf bringen und die pro-westlichen arabischen Staaten der Region in eine schwierige Lage manövrieren. Sie scheide daher aus. Die Alternative, nichts zu tun, könne aber genauso wenig zur Konfliktlösung beitragen. Einen eher zum Ziel führenden Weg sieht Hulsman in massiven Sanktionen gegen die Wirtschaftskraft des Iran, insbesondere bei Investitionen. Die Europäer als größte Handelspartner des Landes spielten hier eine entscheidende Rolle.

Nach Auffassung von Wolfgang Steinberg stehe der Irak-Konflikt dem israelisch-palästinensischen Konflikt an regionalpolitischer Bedeutung in nichts mehr nach. Es seien die immer deutlicher zutage tretenden Eskalationsgefahren des Irak-Konflikts, die seine Beendigung so dringlich machten. Durch den Regimewechsel 2003 und den Zerfall des irakischen Staates steige die Gefahr von Interventionen der Nachbarstaaten – insbesondere dann, wenn sich die USA ganz oder teilweise aus dem Land zurückziehen sollten. Außerdem habe der Aufstieg des Iran zur regionalen Hegemonialmacht das Gleichgewicht in der Region ein weiteres Mal empfindlich gestört. Rund um den Persischen Golf seien die Vorbereitungen für eine Konfrontation zwischen dem Iran und seinen Gegnern bereits im Gange.

Steinberg beleuchtete im Anschluss die Situation im Irak im Detail. Schon im Sommer 2003 sei ein Aufstand sunnitischer Gruppierungen ausgebrochen, der bis heute eine Stabilisierung des Landes verhindere. Die Aufständischen wendeten sich dabei nicht nur gegen die amerikanischen Besatzungstruppen, sondern auch gegen den neuen stark schiitisch geprägten irakischen Staat, dessen Stabilisierung sie mit allen Mitteln verhindern wollten. Ab 2005 sei die Gewalt zu einem Bürgerkrieg eskaliert, vor allem weil schiitische Milizen vermehrt Sunniten angriffen. Die US-Regierung habe mit einer Änderung ihrer Strategie reagiert: Sie stockte die Zahl ihrer Truppen im Irak um 21.500 auf nunmehr 162.000 auf und versuche seitdem, die Eskalation der Gewalt zwischen den Konfessionen zu stoppen. Dabei konzentriere sie sich seit Januar 2007 darauf, die Aufständischen und Milizen in Bagdad unter ihre Kontrolle zu bringen, erste Erfolge seien zu verzeichnen.

Unabhängig von diesem Zentralkonflikt drohten neue Gewalteskalationen im Norden ebenso wie im Süden des Landes. Im

Norden forderten die beiden führenden Kurdenparteien »Patriotische Union Kurdistans« und »Demokratische Partei Kurdistans« den Anschluss der Stadt und Provinz Kirkuk an die seit 1991 bestehende autonome Kurdenregion. Die Nachbarstaaten, voran die Türkei, fürchteten, dass die nordirakischen Kurden sich unabhängig machen und die kurdischen Bevölkerungen in der Türkei, dem Iran und in Syrien ermutigen könnten, ähnliche Projekte mit mehr Nachdruck als bisher zu verfolgen. Dr. Steinberg hält eine Intervention der Türkei im Nordirak zwar nicht für sehr wahrscheinlich, jedoch auch nicht für ausgeschlossen. Wenn aber die Türkei interveniere, sei die Gefahr groß, dass auch der Iran und möglicherweise Syrien folgten. Im Süden beabsichtige der schiitische Irakische Islamische Hohe Rat – die mächtigste schiitische Organisation im Irak – eine eigene, von ihm kontrollierte Region im schiitischen Süden und im Zentrum des Landes zu gründen. Das Projekt habe die Konflikte zwischen schiitischen Gruppierungen eskalieren lassen. Setze sich die Eskalation der Gewalt 2008 fort, werde der Iran versuchen, direkten Einfluss im Süd-irak zu nehmen. Saudi-Arabien dürfte dann vermehrt die Sunniten unterstützen.

Spätestens seit Ende 2006 reagiere die US-Regierung verstärkt auf den Aufstieg des Iran, der in Washington als wichtigste Bedrohung für die regionale Stabilität betrachtet werde. Die USA verfolgten hier eher klassische Formen der Bündnispolitik, indem sie ihre Beziehungen zu den »moderaten« Gegnern des Iran in der Region stärke. Der Irak aber drohe bei einer möglichen Verschärfung des Konflikts zum Schlachtfeld eines neuen Regionalkonflikts zu werden, dessen Protagonisten die USA, Saudi-Arabien und der Iran sein würden. Mittlerweile seien es vor allem die regionalen Eskalationsrisiken rund um den Irakkrieg, die die Regionalpolitik in den kommenden zwei Jahren prägten. Sie hätten das Potenzial, sich zu einer regionalen Konfrontation auszuweiten. Der Aufstieg des Iran zur Hegemonialmacht der Golfregion ist nach Einschätzung von Dr. Steinberg kaum noch zu verhindern.

Der Irak-Krieg habe, so Loay Mudhoon, Deutsche Welle, ein »Frankenstein'sches Monster« in der Region geschaffen. Die Entwicklung sei ganz anders verlaufen, als die USA sich das bei Kriegsbeginn mit ihrer Idee vom demokratischen Leuchtturm in der Region vorgestellt hätten: In einem ehemaligen Kerngebiet sunnitischer Staatsmacht sei eine schiitische Macht aufgestiegen. Das wiederum habe einen radikal-islamisch-sunnitischen Terror ohne Beispiel ausgelöst. Damit einher gehe ein Aufstieg »substaatlicher« Organisationen und der Rückzug staatlicher (nationalstaatlicher) Stärke. Die Summe aller Folgen habe die

gesamte Region erschüttert und die Konfliktlinien verschoben: von einem territorial begrenzten Konflikt hin zu einem konfessionell bestimmten Regionalkonflikt mit (weltweiten) überregionalen Auswirkungen. Die einzige realistische Chance, das Konfliktpotenzial im Nahen und Mittleren Osten zu entschärfen und die Region zu stabilisieren, sieht Mudhoon darin, dass die USA »zu einer klassischen Realpolitik« zurückkehren mit entsprechender Einbeziehung aller wichtigen Kräfte der Region. Das beinhalte vor allem auch die Notwendigkeit, den Nahost-Konflikt mit seinem israelisch-palästinensischen Kernkonflikt schnell, pragmatische und dauerhaft zu lösen. Schließlich sei auch festzuhalten, dass ohne Einbeziehung des Iran in eine solche Realpolitik der Frieden im Mittleren Osten nicht zu gewinnen sei.

In der anschließenden Diskussion wurden die oben dargestellten Positionen in einzelnen Punkten weiter vertieft. Für den Zuhörer ergab sich insgesamt als Erkenntnis: Die Gefahr einer Eskalation im gesamten Nahen und Mittleren Osten zu einem Regionalkonflikt ist erheblich. Eine Deeskalation setzt einen pragmatischen, realpolitischen Umgang zwischen allen Konfliktparteien voraus.

Zur aktuellen sicherheitspolitischen Lage, zur vernetzten Sicherheit und zur Notwendigkeit einer Verfassungsklarstellung

Zu Beginn der Tagung hatte Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung das Wirken der Clausewitz-Gesellschaft »als Forum für strategisches Denken in Deutschland« gewürdigt. Die Gesellschaft, einschließlich des Internationalen Clausewitz-Zentrums, und die Führungsakademie der Bundeswehr leisteten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung des Erbes des Carl von Clausewitz, sie seien auch Sinnbild für strategisches Denken in Deutschland und für kritische sicherheitspolitische Auseinandersetzung und Diskussion über Politik- und Parteigrenzen hinweg. Diesen breiten sicherheitspolitischen Diskurs benötige Deutschland zurzeit dringender denn je. Der Minister dankte in diesem Zusammenhang für die Unterstützung, welche die Clausewitz-Gesellschaft insbesondere für die Bundeswehr durch ihre Bemühungen bei der Belegung der sicherheitspolitischen Diskussion leistet.



Aufmerksame Zuhörer: Bundesminister Dr. Franz Josef Jung und der Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Wolf Dieter Löser.

Die Sicherheit von Staaten sei im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr an territoriale Grenzen gebunden. Die Akteure, die unsere Sicherheit gefährdeten, besäßen häufig einen nichtstaatlichen Charakter. Die neuen Gefahren seien vielschichtiger, diffuser und komplexer als früher. Das gelte nicht nur für den internationalen Terrorismus. Weitaus gefährlicher sei die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und ihre Trägermittel. Unkontrollierte Migration und Ressourcenknappheit seien weitere Faktoren, die in immer größerem Maße die nationale Sicherheit beeinträchtigten. Dr. Jung weiter: »Deshalb benötigen wir neue Strategien, um derartigen Risiken entgegenzuwirken und vorzubeugen – dort, wo sie entstehen.« Mit der »vernetzten Sicherheit« verfüge Deutschland über ein gutes, zukunftsfähiges Konzept, das auf einem koordinierten Gesamtansatz aller verfügbaren und relevanten Instrumente basiere. Ziel sei höchstmögliche Wirkung durch Ausnutzung aller verfügbaren Ressourcen. Das Spektrum reiche von kulturellen, militärischen, diplomatischen, entwicklungstechnischen Instrumenten bis hin zu wirtschaftlichen und politischen. Vernetzte Sicherheit beinhalte eine nationale und eine internationale Dimension, denn »in einer globalisierten Welt werden die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit fließend und verlieren ihre Trennschärfe.« Auf nationaler Ebene schaffe vernetzte Sicherheit einen wirksamen Schutz durch gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge und intensiviertere ressortübergreifende Zusammenarbeit. Alle national verfügbaren Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung müssten in Zukunft aber noch enger verzahnt werden. Beispielsweise müsse es möglich werden, Mittel der Bundeswehr dann einzusetzen,

wenn polizeiliche Kräfte zum Aufrechterhalten der Sicherheit nicht ausreichten. Zu diesem Zweck ist aus Sicht des Ministers eine Verfassungsklarstellung zwingend erforderlich.

Aber auch auf internationaler Ebene sei ein vernetzter sicherheitspolitischer Ansatz notwendig, der die Fähigkeiten nicht nur einzelner staatlicher Akteure, sondern von internationalen Organisationen, besonders von NATO, EU und UN effektiv zusammenführe. Diese Interaktionen müssten jedoch noch besser strukturiert und in einer gemeinsamen politischen Strategie verbunden werden. Die NATO bleibe dabei »der Anker unserer

Sicherheit«. Doch sei auch die EU inzwischen – der Kongo-Einsatz habe das gezeigt – in ihren Fähigkeiten, zur »vernetzten Sicherheit« international beizutragen, einen Schritt weiter gekommen, wenngleich weitere »Entwicklungsmöglichkeiten« bestünden.

Die Bundeswehr sei ein wichtiges und unverzichtbares Instrument im Rahmen der gesamtstaatlichen vernetzten Sicherheitsvorsorge nach außen und innen. Denn nur eine leistungsfähige Bundeswehr ermögliche es Deutschland, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf internationaler Ebene aktiv mitzugestalten. Der Minister betonte, dass es nach wie vor die zentrale Aufgabe der Bundeswehr sei, den Schutz und die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger gegen eine Bedrohung von außen zu gewährleisten. Die Bundeswehr habe sich dabei in den letzten beiden Jahrzehnten »dem größten Anpassungsprozess ihrer Geschichte gestellt – bei zugleich steigender Belastung durch immer mehr Einsätze in immer größerer Entfernung zur Heimat«. Mit dem erwarteten Anstieg des Verteidigungshaushalts 2008 um mehr als 900 Mio. Euro könne Deutschland seinen Bündnisverpflichtungen im europäischen wie im transatlantischen Rahmen auch in Zukunft nachkommen. Aber um dies langfristig zu gewährleisten, müsse auch in den nächsten Jahren der Verteidigungshaushalt kontinuierlich weiter steigen; das sei angesichts der Tatsache, dass die Haushaltsmittel in den zurückliegenden Jahren zu stark gekürzt worden seien, umso dringlicher.

Minister Jung widmete den Auslandseinsätzen breiten Raum. Deutschland habe durch seine Wiedervereinigung ein größeres politisches Gewicht in der internationalen Staatengemeinschaft erhalten, aber

auch mehr Verantwortung. Die gestiegenen Auslandseinsätze und die erhöhten Anforderungen an die Soldaten in den Einsätzen unterstrichen diese neue Rolle Deutschlands. In derzeit zehn Einsätzen auf drei Kontinenten trügen deutsche Soldaten zu unserer Sicherheit bei. Einige dieser Regionen seien von besonderer Bedeutung. Zu ihnen gehöre der Balkan, dessen Sicherheit unmittelbar Einfluss auf unsere eigene Sicherheit habe. Er sei besorgt, dass trotz der erzielten Fortschritte der Friedensprozess auf dem Balkan stagnieren könne, in Bosnien-Herzegowina ebenso wie im Kosovo, wo sich Deutschland derzeit mit rund 2.200 Soldaten an der

mit unseren Partnern für Stabilität und Frieden für das Land, aber auch für die gesamte Region«. Der Minister beklagte, dass die Öffentlichkeit zu wenig wahrnehme, »was an Positivem« in Afghanistan geschehe, beispielsweise in den Bereichen Verfassung, Bildungs- und Schulwesen, Integration der Frauen. Ziel der Taliban sei es, diese Fortschritte zu zerstören. Das Sicherheitsumfeld bleibe schwierig, die Lage sei fragil. Der Gegner sei nur schwer zu fassen; er halte sich weder an das Völkerrecht, noch beachte er die Menschenrechte oder dieselben moralischen Werte wie wir. Die Aufgabe, das Land dauerhaft zu stabilisieren, sei komplex. Militärisches Engagement

Insgesamt forderten die zahlreichen Konfliktherde alle Akteure stark, auch die Bundeswehr. Die internationale Sicherheitslage verlange vor allem Flexibilität: »Wir müssen neue Wege finden, Konflikte zu lösen, wir müssen umdenken, und wir müssen konsequent entlang einer Strategie handeln. Und wir müssen vor allem gemeinsam handeln! Nur so werden wir instabile Regionen dauerhaft befrieden und Gefahren für unsere eigene, nationale Sicherheit abwenden können. Das erfordert von allen Seiten Engagement, Mut und Verantwortungsbewusstsein.« Der Minister schloss seinen Vortrag mit dem Clausewitz-Zitat »Ohne Mut und Entschlossenheit kann man in großen Dingen nie etwas tun, denn Gefahren gibt es überall«.



Diskussion über den Mittleren Osten. Im Bild von links: Loay Mudhoon, Deutsche Welle; Dr. Klaus Olshausen, Clausewitz-Gesellschaft; Dr. John Hulsmann, USA; Dr. Wolfgang Steinberg, Stiftung Wissenschaft und Politik.

NATO-Operation KFOR beteilige. Die weitere Entwicklung dort sei vom Ausgang der Statusentscheidung für den Kosovo abhängig. Gelingt es nicht, eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden, drohe der Rückfall in eine kritische Situation.

Der Nahe und Mittlere Osten spiele bei der Gestaltung der gesamten internationalen Sicherheitsstruktur eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der Minister begrüßte es sehr, dass sich die Clausewitz-Gesellschaft dem Thema widmet. Es sei »von großer Relevanz«, und weiter: »Noch vor einigen Jahren war es für Deutschland nicht denkbar, Soldaten in diese Region zu senden. Heute finden Einsätze an der Schnittstelle zum Nahen und Mittleren Osten und zu Zentralasien statt. Dies unterstreicht den Wandel der Einsatzrealität der Bundeswehr und die Weiterentwicklung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.« Der für Deutschland derzeit bedeutendste und zugleich schwierigste Einsatz finde in Afghanistan statt: »Hier engagieren wir uns gemeinsam

allein reiche dazu nicht aus, es bedürfe einer sorgfältigen Koordination von militärischen und zivilen Maßnahmen. Mit den regionalen Wiederaufbauteams sei man auf dem richtigen Weg: Diplomatie, Entwicklungshilfe und Militär wirkten hier in einem ressortübergreifenden Ansatz zusammen. Dieser Weg müsse noch konsequenter beschritten werden, denn »ohne Sicherheit gibt es keinen Wiederaufbau und ohne Wiederaufbau keine Sicherheit«.

Der Minister beurteilte abschließend die Lage im Libanon und das UNIFIL-Mandat als wichtig und positiv. Bei der Problematik des iranischen Nuklearprogramms zeigte er sich vorsichtig optimistisch, doch müsse die internationale Gemeinschaft »alle Anstrengungen« unternehmen, das Problem zu lösen. Die Lage im Irak beurteilte er als schwierig. Alle beteiligten Akteure müssten jetzt ihre Anstrengungen darauf richten zu verhindern, dass der politische Prozess im Irak zusammenbreche und das Land im Bürgerkrieg versinke.

50 Jahre Führungsakademie der Bundeswehr – Clausewitz' Einfluss auf das japanische militärische Denken – Über die Arbeit des Internationalen Clausewitz-Zentrums

Der Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Generalmajor Wolf Dieter Löser, gab einen Überblick über die Arbeit der Akademie im 50. Jahr ihres Bestehens. Er beleuchtete besonders die Umsetzung der neuen Konzeption der Staboffiziersausbildung, die auf gutem Wege sei. Im Rahmen der Überlegungen zur Weiterentwicklung der Führungsakademie hob der Kommandeur die besonderen Anstrengungen bei der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Organisationen hervor, deren Ziel es sei, das Grundverständnis der Staboffiziere für eine stärker vernetzten Sicherheit noch zu verbessern. Auf Initiative der Führungsakademie werde seit 2005 zu diesem Zweck ein ressortübergreifender Ansatz intensiviert. Ziel sei es, bereits in der Ausbildung des Führungspersonals das Zusammenwirken von Gesellschaft, Politik und Militär sowie die daraus resultierende Chancen und Möglichkeiten zur Erzeugung von Synergieeffekten in Einsätzen angemessen abzubilden.

Professor Yasuyuki Kawamura, Nationale Verteidigungsakademie, Tokio, Japan, trug über den Einfluss der Lehren des Carl von Clausewitz auf das militärische Denken in Japan seit dem Ende des 19. Jahrhunderts vor. Er erläuterte, wie das Denken von Clausewitz das Militärwesen und das militärische Denken Japans vor dem Zweiten Weltkrieg beeinflusst hat und wie sein Denken nach dem Zweiten Weltkrieg in Japan bewertet worden ist. Das Fazit des Vortragenden lautete: »Wir leben heute in einer Welt, in der die Aussage von Clausewitz immer noch Gültigkeit hat, dass alles unter einem höchsten Gesetz steht: unter der Waffenentscheidung, das heißt, dass wir den neuen sicherheitspolitischen

Rahmenbedingungen auch mit Streitkräften Rechnung tragen müssen.«

Starke Beachtung fanden die abschließenden Ausführungen von Kapitän zur See a.D. Professor Dr. Lennart Souchon, insbesondere seine Gedanken zur Bedeutung des Carl von Clausewitz in der heutigen Zeit. Sein Werk »Vom Kriege« sei heute philosophisches Standardwerk zum Thema Krieg und Politik. Zur Arbeit des Internationalen Clausewitz-Zentrums (ICZ) überleitend stellte Dr. Souchon fest, mit der Gründung des ICZ an der Führungsakademie der Bundeswehr 1999 sei ein Forum für einen intensiven sicherheitspolitischen Diskurs an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und der »Strategic Community« institutionalisiert worden, welches das Erbe des Militärphilosophen Carl von Clausewitz bewahrt und weiterentwickelt. Derzeit werde zudem die Gründung eines Internationalen Clausewitz-Instituts für Strategische Studien an der Universität Potsdam vorbereitet. An deutschen Universitäten gebe es in den historischen und geschichtswissenschaftlichen Fakultäten zwar renommierte Kenner Clausewitz'scher Lehren, eine Institution, welche die theoretischen und praktischen Erkenntnisse aus Politikwissenschaft, Streitkräften und Politik zusammenführe und aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen – anhand der Clausewitzschen Kriegsphilosophie – kritisch analysiere und bewerte und Möglichkeiten des Handelns entwerfe, fehle jedoch.

Anmerkung: Die Vorträge von Professor Dr. Souchon und Professor Kawamura werden demnächst im Wortlaut im Jahrbuch 2007 der Clausewitz-Gesellschaft und in der Website www.clausewitz-gesellschaft.de erscheinen.

Dank und Ausblick

Mit dem Dank an alle Teilnehmer, insbesondere die Führungsakademie der Bundeswehr als Hausherr und Gastgeber, schloss der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, die 41. Sicherheitspolitische Informationstagung 2007. In der anschließenden Jahresversammlung der Gesellschaft verabschiedete der Präsident Generalmajor a.D. Manfred Eisele aus seiner langjährigen Aufgabe als Sprecher des Beirats der Clausewitz-Gesellschaft. Er dankte ihm persönlich und im Namen aller Mitglieder für seine herausragende Arbeit. Die Clausewitz-Gesellschaft zeichnete General Eisele mit der Ehrennadel in Gold aus. ■

Oberst a.D. Werner Baach ist freier Journalist und Medienberater. Im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft ist er für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.